

DIE

PLATYPUS REVIEW

- deutschsprachige Ausgabe -



DAS SCHEITERN DER ANTIDEUTSCHEN

Michael Fischer

WENN DU DIE RISSE IM SYSTEM NICHT ERKENNST, LÄUFST DU GEGEN DIE WAND

Ein Interview mit Wolf Wetzel

Anne Koppenburger und Tom Schmidt

ZUR REKONSTRUKTION REVOLUTIONÄRER THEORIE BEI HANS-JÜRGEN KRAHL

Marcel Kleufer

17

www.platypus1917.org/die-platypus-review/

DAS SCHEITERN DER ANTIDEUTSCHEN

von Michael Fischer

„Wer sind die überhaupt, diese Antideutschen? Vielleicht alle und die Regierung vornedran.“

Wolfgang Pohrt¹

Die Antideutschen sind gescheitert, erfährt man in der vergangenen Ausgabe der *Platypus Review*. Einem Befund, dem man gemessen am eigenen Anspruch der Antideutschen, das Abbruchsunternehmen der Linken zu sein, nicht groß widersprechen kann. Die Linke erfreut sich eines mittlerweile gesamtgesellschaftlich populären Fortwesens und verkam trotz aller Interventionen zum letzten ideologischen Abwehrbollwerk der im Niedergang begriffenen neoliberalen Ordnung. Für Platypus-Aktivist Max Hörügel rührt das Scheitern jedoch daher, dass schon die frühen Antideutschen nicht vermocht hätten, was im Grunde die Zielvorstellung jener Organisation ist, der er selbst angehört und die ihre idealisierten Wunschkonzerte seit nun 15 Jahren auch nicht verwirklichen konnte: die Arbeiter zu einem bewussten gesellschaftlichen Akteur zu formen und in Richtung Revolution anzuführen. Kurzum: Eine Kaderpartei aufzubauen, der dann qua magischer Hand die werktätigen Massen folgen, weil ein paar Studenten von Sozialismus träumen und Vorträge darüber halten. Nicht so gerne spricht man dagegen über den Antisemitismus innerhalb der Linken. Augenfällig wird dies, wenn der Artikel nur am Rande die Begeisterung für den antiimperialistischen Kampf der Neuen Linken thematisiert. Die in den Metropolen enttäuschte Hoffnung auf den Sozialismus sei lediglich in andere Weltgegenden verschoben worden – so lautet zumindest die wohlmeinende Interpretation.

Der keine Irritation erweckende Schauplatzwechsel von Vietnam nach Palästina lässt jedoch auch auf anderes schließen. Vielleicht war es der antizivilisatorische und antiwestliche Unterstrom, von dem Adorno sprach, der die Begeisterung für antikoloniale Kämpfe bei jenen entfachte, die einem Milieu entsprangen, das sich nur wenige Jahrzehnte zuvor in großem Maße für den Nationalsozialismus begeisterte. Was der studentischen Jugend an Deutschland abging, der Kampf gegen den Westen, den Mammon und die Juden, die man jetzt Zionisten nannte, fanden sie im trikontinentalen Nationalismus wieder, der mit dem „faschistischen Wunschbild“ (Adorno) verschmolz:

Einverständnis mit denen, die in der imperialistischen Konkurrenz sich zu kurz gekommen fühlten und selber an den Tisch wollten, drückte schon während des Krieges in

Gefördertes Sonderprojekt der HochschülerInnenschaft
an der Universität Wien



den Slogans von den westlichen Plutokratien und den proletarischen Nationen sich aus.²

Hörügels Kritik trifft selbst dort nicht so ganz, wo sie zumindest dem Anschein nach etwas Richtigem auf der Spur ist, etwa dem Mitschleifen des schlechten Erbes der Neuen Linken mit Blick auf die Arbeiterklasse. Die Auslagerung der Produktion in die kapitalistische Peripherie, die auf den Öl-Schock 1973 folgte, hintertrieb zunehmend die Streikfähigkeit des Proletariats im Westen. Das von postmodernen Vordenkern proklamierte Ende des Subjekts affirmierte diese sich abzeichnende Niederlage und verhalf der linksliberalen Identitätspolitik zum Durchbruch. Die spezifisch antideutsche Ausformung davon durchschaute Wolfgang Pohrt schon vor knapp 20 Jahren. Im Nachgang einer völlig schiefgelaufenen Veranstaltung, bei der er zusammen mit Henryk Broder das herbeigeeilte antideutschen Publikum offensiv vor den Kopf gestoßen hatte, polemisierte er in seinem Buch *FAQ* gegen jene Linke, als deren Vordenker er galt:

Während die Arbeitslosen auf den Status von Almo- senempfängern zurückgeworfen werden und die arbeitende Bevölkerung zwecks Altersvorsorge zum Kauf von Spekulationspapieren angehalten ist, welche dem Verkäufer einen Platz an der Sonne und dem Besitzer einen im Armenhaus sichern, währenddessen also kennt diese Linke keine Klassen mehr, nur noch Rassen.³

Eine Vielzahl jener pop-antideutschen Linken, die damals noch mit blau-weißen Fahnen gegen Antisemitismus, Rassismus und deutsche Zustände zu Felde zogen, aber von Klasse und Ausbeutung nichts wissen wollten, entdeckten wohl aufgrund ihrer prekären Uni-Jobs ihre Liebe zu Gender-Sternchen, Hautfarben und skurrilen Minderheiten. Wem die akademische Karriere trotz emsigsten Anpassungswillen verwehrt blieb, landete bei den Grünen oder stritt in der Linkspartei für deren Grünifizierung. Die Antideutschen zerfielen derweil schon Mitte des vorletzten Jahrzehnts in eine Soft- und Hardcorefraktion, wobei letztere von der Bezeichnung antideutsch zunehmend Abstand nahm und sich ausschließlich als ideologiekritisch verstand. Im Streit darum, ob die angeblichen Leerstellen des Deterministen Adorno um den Freiheitsbegriff von Sartre zu erweitern seien, gründete sich die leicht einschläfernde Zeitschrift *sans phrase* in Wien und während der Flüchtlingskrise vollzog sich eine Spaltung in Links- und Rechtsantideutsche. Zwar bleibt dies alles im Dunkeln, dafür verrät der Text einiges über Platypus selbst. Nicht mehr die sich verändernden ökonomischen Konstellationen, die die materialistische Kritik der Gesellschaft, die auf den Kommunismus zielt, unentwegt in sich aufnehmen muss, um nicht falsch zu werden, sind Richtschnur des eigenen Handelns und Denkens, sondern unter spezifischen Bedingungen gemachte Erkennt-

nisse, die zu doktrinären Ideen gerinnen. Selbst der historische Materialismus regrediert zu einer Spielart des Idealismus, wenn er als verdinglichte Theorie keine Erfahrungen mehr in sich aufnimmt, die diese verändert, damit der Dialektik entschlügt und wie der von Platypus bemühte Georg Lukács, dies der erst zu verstehenden Gesellschaft von oben herab überstülpt. Gegen diesen zur Dogmatik erstarrten Materialismus gerichtet, schrieb Friedrich Engels kurz vor seinem Tod in einem Brief an Werner Sombart:

[D]ie ganze Auffassungsweise von Marx ist nicht eine Doktrin, sondern eine Methode. Sie gibt keine fertigen Dogmen, sondern Anhaltspunkte zu weiterer Untersuchung und die Methode für diese Untersuchung.⁴

Die aktuelle gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit der radikalen Linken, auch die des kommunistischen Resthaufens, resultiert auch aus dem notorischen Unwillen, überhaupt verstehen zu wollen, unter welchen Verhältnissen sie agieren. Jener Hang zum Idealismus folgt aus einer unhinterfragten Klassenlage als geistige Arbeiter, die unbewusst von der verändernden Kraft der Ideen ausgehen, weil sie selbst nichts anderes produzieren. Dieses auch an Platypus vermachte Erbe der Neuen Linken, sich vollständig aus Angehörigen der neuen Mittelklasse zusammensetzen, erklärt deren Abwehr in Bezug auf die Kritik an der PMC. Eine Kritik, die Barbara und John Ehrenreich aus einer materialistischen Klassenanalyse des Progressivismus um 1900 und der Neuen Linken entwickelten. Sie warnten davor, dass linke Ideologie, sofern sie ihre Klasseninteressen nicht begreife, Gefahr laufe, anstelle einer Diktatur des Proletariats eine Diktatur der PMC zu etablieren. Denn auch die Idee der Kaderpartei ist von einer Verachtung gegenüber den Arbeitern getragen. Bestechlich und leicht beeinflussbar brauchen sie nur die richtige Führung, die sie gen Sozialismus bringt.

In Zeiten verschärfter ökonomischer Ungleichheit, in der sich die kapitalistischen Widersprüche nicht zu Widersprüchen gegen ihn fortentwickeln, weil die Antagonismen zunehmend ideologisch und immer weniger sozialstaatlich stillgestellt werden, ist es jedoch unerheblich, „ob die Idee dieser Umwälzung schon hundertmal ausgesprochen ist.“⁵ Bei dieser Sistierung der Klassengegensätze spielt die neue Mittelklasse, die im Gegensatz zum Kleinbürgertum über keine Produktionsmittel verfügt, beginnend mit der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts eine herausragende Rolle. Die Klassenlage von Lehrern, Sozialarbeitern, Psychologen, Schauspielern, Journalisten und Ingenieuren weist ihnen die Aufgabe zu, die Reproduktion der kapitalistischen Kultur und die der Klassenbeziehung sicherzustellen. Daraus folgt die Wunschvorstellung einer harmonisch und pluralistisch eingerichteten Gesellschaft, die ihren

Ausdruck in einem spezifischen Antikapitalismus findet, der sich gegen die möglichen egoistischen und zugleich spalterischen Zielsetzungen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse richtet.

Zu intervenieren wäre gegen jene linken und linksliberalen Akteure, die die wachsenden ökonomischen Verwerfungen hinter Ausgrenzungskategorien zum Verschwinden bringen und damit als ideologische Blitzableiter der Gesellschaftskritik fungieren. Die aktuellen Kulturkämpfe entspringen den Klasseninteressen der PMC auf der Linken und des alten Kleinbürgertums auf der Rechten, denen mit einer Fokussierung auf vermeintlich rein ökonomische Fragen deshalb nichts entgegensetzen ist, weil sie selbst Ausdruck davon sind. Die postmoderne Identitätspolitik entpuppt sich dabei als kümmerliches, aber überaus kostengünstiges Emanzipationsversprechen des Kapitalismus, die die gerechte Verteilung des Elends nach Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Orientierung verspricht und damit die Ausbeutung verewigt und hierarchisiert statt aufhebt. Die Kritik daran und an der Linken, die dies mitträgt, ist ein durchaus verzweifelter Versuch, die Grundlage für radikale Gesellschaftskritik wieder herzustellen. Platypus erscheint dies jedoch als per se falscher Kampf, der nur die Entgegensetzung der Identitätspolitik für Arbeiter gegen jenen für Minderheiten befeuert. So ist man fein raus aus der Beschäftigung mit den aktuellen Verhältnissen und kann sich wieder den Texten im Lesekreis widmen, die nicht jünger als 50 Jahre sein dürfen. **IP**

Michael Fischer hat Politikwissenschaft, Germanistik und Geschichte studiert und lebt in Wien. Seine Texte erscheinen regelmäßig in der Zeitschrift Bahamas. Dieser Text ist eine Replik auf Max Hörügels Artikel Die frühen Antideutschen und die Arbeiterklasse, der in der PR #16 (Herbst 2021) erschienen ist.

- 1 Wolfgang Pohrt: „FAQ“, in: *Wolfgang Pohrt Werke* (Bd. 9), Hrsg. Klaus Bittermann, Berlin 2021, S. 25.
- 2 Theodor Adorno: „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“, in: *Kulturkritik und Gesellschaft II*, Hrsg.: Rolf Tiedemann, Frankfurt a.M. 2003, S. 565.
- 3 Pohrt: „FAQ“, S.28.
- 4 Brief von Friedrich Engels an Werner Sombart am 11.03.1895, in: *Karl Marx/Friedrich Engels – Werke* (Bd. 39), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1968, S. 428.
- 5 Karl Marx, Friedrich Engels: „Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten“, in: *Karl Marx/Friedrich Engels – Werke* (Bd. 3), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1978, S. 39.

Auch die Idee einer Kaderpartei ist von einer Verachtung gegenüber den Arbeitern getragen.

WENN DU DIE RISSE IM SYSTEM NICHT ERKENNST, LÄUFST DU GEGEN DIE WAND

*Ein Interview mit Wolf Wetzel
über die Geschichte der Neuen
Linken nach 1968, das Scheitern der Autonomen und den
Zustand der Linken heute*

von Anne Koppenburger und Tom Schmidt

Wolf Wetzel war Mitglied der ehemaligen autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe, welche unter anderem durch die Startbahnbewegung 1980-1991, die Anti-AKW-Bewegung, die Häuserkampf Bewegung und die Libertären Tage in Frankfurt a. M. 1986 geprägt war. Er ist seit 1991 journalistisch und publizistisch tätig. Zuletzt erschien 2015 sein Buch Der Rechtsstaat im Untergrund: Big Brother, der NSU-Komplex und notwendige Illoyalität im PapyRossa Verlag.

Das Interview wurde am 12. Februar 2021 von Tom Schmidt und Anne Koppenburger geführt. Sie sind Mitglieder der Platypus Affiliated Society. Es folgt eine gekürzte und editierte Version des Gesprächs.

ANNE KOPPENBURGER UND TOM SCHMIDT: Wann und wie bist du politisiert worden? Und auf welche Linke bist du damals dabei gestoßen?

WOLF WETZEL: Das war 1970. Es fand eine der letzten Demonstrationen gegen den Angriffskrieg der USA in Vietnam statt. Und in Offenbach, da bin ich zur Schule gegangen, gab es eine US-Kaserne. Wir waren damals im Gymnasium und haben gedacht, das kann nicht falsch sein. Ich muss ehrlich sagen, ich wusste nicht viel über den US-Imperialismus. Wenn ich ehrlich bin, ich wusste nicht einmal, wo Vietnam liegt.

Aber ich glaube, der wirksamste und treueste Zugang war über Freunde, die mir gesagt haben: „Da ist eine Demonstration, komm doch mit, wir gehen da auch hin!“ Und da war ich dann auch, hatte keine Ahnung, was passiert, und irgendwie ist die aufgelöst worden, aber ich habe das viel zu spät mitgekriegt. Sprich, die Wasserwerfer haben mich weggeblasen. Ich habe damals noch bei meinen Eltern gelebt. Mein Vater war in der SS, mit 16 Jahren. Ich wusste das wird der Horror: Wie komme ich an einem strahlend sonnigen Tag völlig durchnässt

und verschmutzt nach Hause – wie erkläre ich das? Ohne dass ich damals wirklich wusste, was die SS ist. Mein Vater hat mir immer von Kriegsberichten erzählt, das war ganz toll und ich fand meinen Vater auch ganz toll, weil der ganz abenteuerliche Geschichten erzählt hat. Ich weiß nicht mehr ganz genau, wie es ausgegangen ist – also verprügelt wurde ich nicht und ich habe jetzt auch keine schreckliche Erinnerung daran.

Und weil ihr gefragt habt, in welcher Zeit ich politisiert wurde und auf was für eine Linke ich gestoßen bin – ach, da könnten einem die Tränen kommen –; damals hat man das natürlich als normal wahrgenommen. Wenn ich jetzt 50 Jahre zurückschaue, dann war das eine Traumlandschaft für jeden, der politisiert werden wollte. Für jeden, der nicht mit dem Leben will, was er vorfindet oder was die Eltern ihm vorgeben, ist diese Post-68er-Zeit eine Traumzeit gewesen. Sowohl die Schulkameraden, die alle ein bisschen rebellisch waren, lange Haare hatten, Parker trugen und gekifft haben als auch die politisierte Stimmung waren für mich unglaublich beeindruckend und lagen jenseits dessen, was ich mir später an Theorie draufgeladen habe. Ich habe dann verstanden wo Vietnam liegt und warum dieser US-Krieg in Vietnam ein Kriegsverbrechen war. Aber von den Freundschaften und davon, wie die Einzelnen miteinander umgegangen sind – im Gegensatz zu meinen Eltern – war ich fasziniert und bin so auch in die ersten Wohngemeinschaften gekommen. Für mich war diese Welt eine Traumlandschaft. Meine Eltern lebten brav in ihrer Dreizimmer-Kastenwohnung – eine ganz fürchterliche Ehe. Dann kommst du plötzlich in eine WG, wo die Matratzen auf dem Boden liegen und die Leute noch um zwölf im Bett liegen.

Wie hat dich dann dein Weg zu den Autonomen gebracht? Und wie hast du diesen Übergang von den Siebzigern in die frühen Achtziger erlebt?

Man fragt sich ja tatsächlich: Wie bin ich zu den Autonomen gekommen? Warum gab's die überhaupt? Es gab ja so viele Linke damals. Es ist nicht wie heute, dass du das Gefühl hast, da sind drei Linke und die haben 27 Meinungen, sondern damals war es umgekehrt. Damals gab es 27 verschiedene Sorten von Linken, Antiimperialisten und Anarchisten. Damals waren in Frankfurt die Spontis ganz stark, die sich traditionell gegen **kommunistische**, gegen hierarchische Strukturen gewehrt haben, vor allem gegen hierarchische, zentralistische Strukturen. Ich glaube, sie waren nicht gegen den Kommunismus, aber gegen den Kommunismus, den wir von der DDR kannten und von dem wir erahnten, dass er ziemlich spießig und nicht das Land unserer Träume ist. Die 68er-Generation hat sich dann gespalten. Anfang der 70er, in der Zeit, in der ich politisiert wurde, war dieser Zerfallsprozess sehr stark. Ein Teil ging in diese Parteienorganisationen, von denen es mindestens 20 Versionen gab: vom *Kommunistischen Bund Westdeutschland* (KBW), der maoistisch geprägt war, bis zu den Trotzisten, die damals auch stark waren. Wir fanden letztere,

als eine von den Splittergruppen recht spannend, vor allem als wir uns später mit der Russischen Revolution auseinandergesetzt haben. Dann gab es noch die anarchistische Bewegung, die hat uns natürlich ganz besonders gefallen, weil sie in unserer Vorstellung mit unserem Lebensgefühl am engsten verbunden war. Wobei ich auch sagen muss, wir haben den Anarchismus auch eher so verstanden, wie die Bild-Zeitung ihn versteht: wild, gefährlich, chaotisch, alles durcheinander, kiffen, Steine werfen, Bomben bauen, vögeln.

Ein zentraler Punkt für unsere Generation war dieses antiautoritäre Moment: also keiner Herrschaft, auch keiner Guten zu vertrauen; keinem Führer zu vertrauen, auch keinem guten, sondern ohne Führer auszukommen; sich selbst zu artikulieren und möglichst basisdemokratische Strukturen aufzubauen.

In Frankfurt hatten wir Glück, innerhalb dieses Zerfallprozesses der 68er formierten sich hier die sogenannten Spontis. Die sind entstanden aus der Kritik sowohl an der Sozialdemokratie als auch an der DKP, die für sie viel zu spießig und bürgerlich war – was ihre Politikvorstellungen anging. Auf der anderen Seite gab es schon damals eine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, von der wir allerdings wenig wussten.

Ich glaube, da lag die 68er-Bewegung schon brach, den Prager Frühling hatte es bereits gegeben. Wir haben das eher intuitiv, gefühlsmäßig mitbekommen. Die Linken, die schon aktiv waren, die haben sich damit intensiv auseinandergesetzt und deswegen kam es ja auch zu diesen verschiedenen Ausdeutungen der kommunistischen Erfahrungen, von denen wir keine Ahnung hatten. Es gab in der Sowjetunion ein paar Jahrzehnte Erfahrung, es gab die Erfahrungen in der DDR, es gab die Erfahrungen in den Ostblockstaaten, von denen wir nichts wussten. Wir wussten nur, dass es offensichtlich auf die Krisen und Kritik innerhalb der kommunistischen Bewegung verschiedene Antworten gibt. Wir haben uns damals eher den antiautoritären Tendenzen verschrieben.

So kam die Geschichte der Autonomia – also der italienischen militanten Neuen Linken –, ohne dass wir sie gut kannten, in der Gestalt der Spontis nach Deutschland, die selbst – jetzt kommt diese Ambivalenz, die völlig verrückt ist – sehr kadermäßig organisiert waren. Ein Teil der Spontis hieß *Revolutionärer Kampf* und hat Betriebsarbeit gemacht in den 70er-Jahren. Die sind sehr organisiert in die Betriebe gegangen, hier im Rhein-Main-Gebiet waren es die Opel-Werke, und haben dort Innenkader gebildet. Man muss sich das heute vorstellen, das waren Kader, die für ein halbes Jahr in der Fabrik gearbeitet haben. Und dann gab es Außenkader, die das politisierten, analysierten und sozusagen vergesellschaftet haben. Nach einem halben Jahr hat man gewechselt. Es kam tatsächlich auch bei Opel zu wilden Streiks, die Gewerkschaft hat natürlich getobt ohne Ende. Diese Episode zeigt, dass klare, hierarchische, aber auch verdeckte Strukturen das

spontaneistische Moment nicht ausschlossen. Ich kann mich in Deutschland mit Blick auf die letzten 50 Jahre nicht daran erinnern, dass eine Linke jemals wieder so klar probiert hat, diese Bezugnahme zur Arbeiterklasse nicht nur im Kopf und auf dem Papier zu vollziehen, sondern tatsächlich ihr Leben, ihr akademisches Leben aufs Spiel zu setzen, in die Fabrik zu gehen, dort Streiks zu organisieren, diese Erfahrungen aufzuarbeiten und das in einem Rahmen von einem revolutionären Konzept umzusetzen. Das war für mich sehr beeindruckend.

Ich muss ehrlich sagen, ich habe erst retrospektiv kapiert, dass diese zwei Elemente zusammengehen. Sowohl die klaren Strukturen, die sehr konsequent waren und meiner Meinung nach auch sehr beeindruckend als auch ein Lebensstil, der die Vorstellung von Morgen, von dem was kommen muss, heute sichtbar macht. Das entsprach auch einer Kritik am Kommunismus, dessen auf die kommunistische Zukunft projiziertes Versprechen vom Paradies auf Erden wir für ein religiöses Versprechen hielten. Wir wollten nicht warten.

Diese verschiedenen Momente haben für mich eine entscheidende Rolle dafür gespielt, dass ich dann zu den Autonomen ging – wobei ich die Anarchisten auch sympathisch fand. Aber das hat natürlich auch etwas mit der Geschichte der Autonomia in Europa zu tun. Sie war in den 70er-Jahren die stärkste massenmilitante Bewegung. Sie hatte eine Wucht, sie war unglaublich theoretisch fundiert, hatte aber auch eine Praxis, die sowohl in den Fabriken stattgefunden hat als auch in den Stadtteilen. Das war für uns total faszinierend. Wir konnten nach Italien fahren und an diesen Kämpfen teilnehmen – zumindest schnuppern. Bei Anarchisten war das ein Problem: Die schönste Zeit war die spanische Republik 1936–39 mit ganz tollen Leuten und ganz tollen Kämpfen – ja, aber das war uns zu weit weg und zu lange her und zu wenig Gegenwart. Deswegen, glaube ich, hat sich das dann hier mit der Idee der Autonomia ergeben.

Zwischen der Sponti-Szene und den Autonomen lag der deutsche Herbst und die Gründung der Grünen. Die nachfolgenden Kämpfe, die dann mit den Autonomen mobilisiert werden konnten, sind zahlenmäßig aus heutiger Sicht sehr beeindruckend: 100.000 in der Anti-AKW-Bewegung, 15.000 im Häuserkampf.

Wie hast du damals das Verhältnis zwischen den Autonomen und den Grünen, die ja auch teilweise aus der Generation der Spontis stammten, wahrgenommen? Und wie erklärst du dir, dass die Grünen als parlamentarische Partei gestärkt aus dieser Zeit hervorgegangen sind und nicht eine gestärkte, organisierte autonome Szene?

Eine gute Bruchstelle, extrem wichtig, um Bewegungsgeschichte zu begreifen und warum meiner Meinung nach Bewegungsgeschichte nicht reicht. Das kann man eigentlich an der Partei der Grünen sehr gut festmachen. Ich hatte Glück, damals in Frankfurt zu leben. Dort hatte von 1970–74 der für uns tollste Häuserkampf überhaupt stattgefunden. Da waren 10.000 bis 15.000 Leute in sehr

guten, nicht hierarchischen, aber klaren Strukturen organisiert. Da gab es den Häuserrat, der verschiedene Gruppierungen von besetzten Häusern zusammengefasst hat, und den *Revolutionären Kampf*, der ein bisschen wie eine Partei war. Die haben zwar die Bewegung unterstützt, aber sie waren nicht Teil der Bewegung. Und ich glaube, wenn ich jetzt gerade so darüber nachdenke, das war immer etwas, was mich beeindruckt hat.

Es braucht Strukturen, die eine Bewegung überdauern, die nicht von einer Bewegung abhängig sind, auch nicht von Bewegungslaunen getrieben werden, sondern von der Erfahrung, die vielleicht viele andere davor gemacht haben. Gleichzeitig darfst du nicht nur Partei sein, sondern du musst Bewegung sein; also dort sein, wo Leute einfach die Schnauze voll haben und aufbegehren und Erfahrungen machen; sie davon überzeugen, dass das, worüber wir nachdenken, was wir wollen, gut ist. Es braucht beides. Bei den Spontis stellte sich nach dem Ende des Häuserkampfes – und das ist ja immer in jedem Bewegungszyklus so – die Frage: Was machst du? Was nun? Ein großer Teil kehrte einfach dahin zurück, wogegen er aufbegehrt hatte, und fiel gar nicht mehr auf. Zu sagen, dass da alle „umgekippt“ sind, wäre unfair. Nein, das ist immer bei Bewegungen so, 90% kehren dahin zurück, wo sie mal waren. Wenn du in den 70er- und 80er-Jahren eine militante Geschichte hattest, dann war das der Zugang in den Kulturbereich, weil du irgendetwas Bizarres mitbringen musstest.

Ein kleiner Teil der Spontis hat natürlich gesagt: „Naja, wir wollen weiterhin politisch aktiv sein, aber gut, das mit dem Häuserkampf und dem Kampf auf der Straße und außerparlamentarisch – das hat nix gebracht, also tragen wir den Kampf in die Parlamente.“ Das war zum Teil ihr Slogan: „Die Kämpfe sind nur dann erfolgreich, wenn sie auch im Parlament eine Vertretung haben.“ Da entstand dann die Konstruktion des Spielbeins und des Standbeins innerhalb der Grünen. Und wie ihr ja wisst, haben sie ein Bein ganz verloren und von dem anderen wissen sie nichts mehr, haben also nur noch Phantom Schmerzen. Es waren so viele Spontis bei der Gründung der Grünen in Frankfurt beteiligt, Daniel Cohn-Bendit, Joschka Fischer und so weiter, dass sie gesagt haben: „Wir wollen nicht die Strukturen des Parlamentarismus wiederholen und reproduzieren, also hierarchische Strukturen, Delegationen und entsprechenden Entfremdung, sondern wir wollen basisdemokratische Strukturen.“ Wenn das heutige Grüne hören, denken sie an einen Putsch, den Kommunismus. Aber nein, das war ihre Gründungsidee! Damit haben sie natürlich relativ viele Leute gewinnen können. Interessante Idee von den Grünen – und das ist alles baden gegangen. Diese Wandlung haben wir in Frankfurt sehr konkret mitbekommen. Und irgendwann sind sie uns als politische Gegner entgegengetreten. Das war schon in den 80er-Jahren, in

der Startbahnbewegung, in der Häuserkampf Bewegung. Da waren die Grünen nicht Unterstützer oder gar Händchenhalter, sondern sie waren politische Gegner und ich würde auch sagen: zu Recht.



Es braucht Strukturen, die eine Bewegung überdauern. Gleichzeitig darf man nicht nur Partei, sondern muss auch Bewegung sein.

Du meinstest, du hast die Einsicht, dass man Parlament und Bewegung braucht, damals schon gehabt. Trotzdem wurde sie nicht von den Autonomen, sondern von den Grünen erfolgreich umgesetzt. Warum war das so und wann ist dort etwas gekippt?

Das Erste ist der parlamentarische Weg, den die Grünen gegangen sind, auf dem sie dann ihr Standbein verloren oder sogar verbrannt haben. Man muss daran denken, es gab unglaublich viele Bewegungen: die Frauenbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, die Friedensbewegung, die antimilitaristische Bewegung, die Antikriegsbewegung etc. Und keine Partei hatte einen Zugriff darauf. Die Grünen haben sich sozusagen zum Sprecher der außerparlamentarischen Bewegung gemacht. Das war für die Herrschenden ideal. Denn sie hatten natürlich ihre Wasserwerfer und haben auch Polizeieinheiten hoch aufgerüstet. Aber natürlich waren sie auch so klug, zu erkennen, dass sie damit die Jugend nicht wirklich erreichen. Es braucht auch ein Angebot neben der reinen Repression. Die Grünen wurden dieses Angebot.

Und umgekehrt, weil ihr gefragt habt, wann es gekippt ist: Wir hatten einen Kongress 1986 und da haben wir thematisiert, dass es so nicht weitergeht; dass der Zenit der autonomen Bewegung als Bewegung überschritten ist; dass wir mit der Repression nicht Schritt halten können. Es ist eine ziemlich massive Repression ausgeübt worden, die natürlich Wirkung hinterlassen hatte. Auf der anderen Seite waren die Strukturen der Bewegung nicht in der Lage, mit dem, was da auf uns zukam, zurechtzukommen. Autonome waren jetzt auch nicht gerade Universitätstüftler. Es gab ein paar, die mit Theorie etwas anfangen konnten, aber der große Teil, der hat sich das mit Mühe und Not angehört. Die Reflexion darauf, was gerade passiert, hat glaube ich zu wenig stattgefunden. Man hätte tatsächlich, um zurückzukommen auf die ursprüngliche Idee, etwas finden müssen – organisatorische Strukturen – die nicht unbedingt Bewegung sind.

Du hast ja gerade beschrieben, dass ihr euch in so eine Art Sackgasse hineinmanövriert habt: bei euch verstärkte Repression – die Grünen gehen durchs Parlament. War das die Krise, die wir bereits erwähnt haben? Warum auf einmal L.U.P.U.S.? Warum auf einmal ein theoretischer Klärungsprozess?

Die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe wurde während den libertären Tagen deutlich wahrgenommen, da haben wir ganz große Papiere geschrieben. Über diese ganze Politik

– Internationalismus, Trikont, Befreiungskämpfe – haben wir auch schon vorher geschrieben, nur das ging dann unter oder man hat es unter anderen Namen publiziert. Es war 1986 nur so, dass wir gesagt haben, wir müssen unsere theoretischen Auseinandersetzungen bündeln, wir müssen eine Debatte anregen und wir müssen natürlich der Sache auch einen Namen geben. Für uns war das damals ungewöhnlich, es gab ja kaum Namen. Und dann natürlich reflektieren: Was ist mit der Politik der Grünen? Mit Parlamentarismus, bewaffnetem Kampf, militanten und basisdemokratische Strukturen? Mit Strukturen, die vielleicht auch so etwas wie eine Partei sein könnten?

Das ist alles in der Zeit auf den Tisch gekommen und wir haben versucht, uns durch die verschiedenen Kapitel der Geschichte der Linken durchzuschlagen. Na ja, ich weiß nicht, ob wir in dieser historischen Dimension gedacht haben – aber wir haben schon gedacht, dass es vielleicht eine Chance ist, 1986 diese Debatten zu führen und vielleicht aus der Falle des Militarismus heraus zu kommen; uns nicht mehr in der Repression zu erschöpfen; zu überlegen, was wir falsch gemacht haben, abgesehen davon, dass wir eben zu schwach waren. Und es war unser Anliegen, auch organisatorische Strukturen aufzubauen. Das war damals die Intention und die Hoffnung, aber es war völlig klar – ich glaube, da lagen wir nicht falsch –, dass die Bewegungen Mitte der 80er-Jahre, egal ob Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung oder antimilitaristische Bewegung, an die Grenzen ihres guten Potentials kamen. Und es ist natürlich sehr spannend, wie man damit umgeht. Also weder die Bewegung zu instrumentalisieren noch umgekehrt eine Struktur oder eine Partei zu schaffen, die über alles hinweggeht. Ich glaube, das ist bis heute aktuell.

Kannst du das Potential einerseits und die Grenzen andererseits noch etwas ausführen? Es wäre auch spannend zu hören, was deine Einschätzung ist, warum es eben nicht gelungen ist, die Grünen einzuholen, ihnen etwas entgegenzusetzen oder sie vielleicht auch wieder ins Boot zu holen. Gab es eine Alternative, einen Schritt, der nicht gegangen wurde?

Ja, es war zu wenig. Aber große Bewegungen, ob anarchistische im spanischen Bürgerkrieg oder die Rätebewegung 1918/1919 in Deutschland, hatten auch nur eine kurze starke Phase. Oder in der Sowjetunion: Räte versus Partei. Und ja, dieses Bewegungs-Ding – es ist notwendig und es ist automatisch ab einem bestimmten Punkt kontraproduktiv. Ich glaube, die allergrößte Herausforderung ist zu wissen, wie man mit einer politischen Analyse umgeht, also zu fragen: In welchen Verhältnissen bewegen wir uns? Das heißt weit über das Morgen und das Gestern hinausgehen: Was passiert in den nächsten Jahren? In was für einem kapitalistischen Zyklus sind wir? In welchem Zustand befindet sich die politische Klasse? Das haben wir uns als Autonome nie gefragt. Uns war es völlig egal, was die da oben denken und ob die sich jetzt zerstreiten oder sonst etwas. Heute würde ich sagen, das ist ein ganz großer Fehler.

Bezogen auf die Gegenwart heißt das: Welche Rolle spielt die AfD? Ist sie wirklich das „Rechtsaußen“ oder ist sie die Bereitstellung einer Option, die es schon in den 20er- und 30er-Jahren gab? Das sind Fragen, mit denen beschäftige ich mich heute unheimlich intensiv. Damals ging uns das am Arsch vorbei, weil es doch egal war, was die machen, wir machten, was wir für richtig hielten – und das ist ein politisch katastrophaler Fehler! Wenn du die Risse im System nicht erkennst, läufst du gegen die Wand. Du musst die Risse im System sowohl politisch als auch ökonomisch als auch ideologisch erkennen. Die muss man mitberücksichtigen und das kann keine Bewegung.

Du hast von einem Fehler gesprochen, von einer Einsicht, die du retrospektiv gewonnen hast. Ist die Geschichtsschreibung, zu der du und ihr mit euren damaligen Texten aus der L.U.P.U.S.-Gruppe beigetragen habt, nicht gelungen? Denn obwohl die letzten großen Veröffentlichung der L.U.P.U.S.-Gruppe diese Erfahrungen der vorherigen Jahrzehnte dokumentierten, kommst du zehn Jahre später in einem Interview zu dem Ergebnis, dass nur ein kleiner Teil der Anwesenden auf deinen Veranstaltungen sich auf bestimmte Texte der autonomen Geschichte beziehen kann, während das für den größten Teil exotisch und weit entfernt ist, wie für euch damals die Geschichte des spanischen Bürgerkrieges 1936–39. Wie erklärst du dir diese Distanz?

Ich glaube, meine Kritik von damals trifft auch nach weiteren zehn Jahren noch zu. Ich habe immer darunter gelitten, dass wir zu sehr auf unsere eigenen Füße schauen und auf die allerletzte Verletzung.

Ein Versuch, die welthistorische Situation einzuordnen, in der wir uns bewegen, ist notwendig. Es reicht nicht zu sagen: „Wir machen das und das ist richtig!“ Wenn Leute zum Beispiel sagen, dass die Startbahnbewegung gescheitert ist und dass das alles gar keinen Sinn gemacht hat: Da musst du kapiieren, dass damals 30.000 Leute auf der Straße waren! Dass *Fraport* eine Regierung ist! Wenn wir damals gewonnen hätten, dann wäre die hessische Regierung vermutlich zusammengebrochen. *Fraport* ist die nicht gewählte Regierung! Und darüber muss man sich im Wald, draußen an der Startbahn, Gedanken machen. Ich meine, das hat uns gefehlt und ich würde sagen, das haben wir 1986 mit den libertären Tagen adressiert. Das war für die damalige Zeit ein ungewöhnliches Ereignis, wo Autonome und Anarchisten, 2.000 bis 3.000 Leute, zwei oder drei Tage diskutiert haben wie blöd, ohne einen Stein zu werfen. Das ist schon eine irre Leistung, besonders mit diesen schwierigen Texten und Themen.

Natürlich ist es eine wichtige Frage, inwieweit man auch das Parlament zu einem politisch umkämpften Raum macht oder alternativ denjenigen überlässt, die prinzipiell gegen uns sind. Ich würde immer noch sagen, es ist nicht grundsätzlich falsch, ein so öffentliches Terrain wie das Parlament zu nutzen. In den 80er-Jahren in Wuppertal

haben Autonome einen Wahlkampf gemacht. Die haben das ganze Wahlkampfgeld abgezockt und haben ihre autonomen Inhalte in die *Liste der Unwählbaren* eingebracht. Sie haben versprochen, im Parlament nie irgendetwas Vernünftiges zu machen, sondern nur das ganze Geld und den Ort der öffentlichen Rede und Widerrede auszunutzen. Wenn man so denken würde, dann wäre für mich auch ein Ort wie das Parlament nicht tabu. Ich meine: Warum diesen Ort den anderen überlassen? Darüber zu diskutieren ist notwendig. Auch um zu wissen, warum man es nicht macht. Was ich trotzdem ganz wichtig finde, das ist die Erfahrung mit der Ohnmacht, die ganz Viele in den letzten zwei, drei, vier, fünf Jahren gemacht haben; mit dem was sie tun, was nicht klappt, was nicht geht, was von vorneherein aussichtslos ist. Darüber muss man reden und das ist überhaupt nicht schlimm, sich da die Karten auf den Tisch zu legen. So wie ich sage, 1985/86 war das, was machbar war, ausgereizt. Wir waren da mit den Möglichkeiten, die wir hatten, am Ende. Das ist nicht schlimm.

Du hast die Partei der Unwählbaren erwähnt, die von Autonomen organisiert wurde. War das die Beerdigung der Autonomen?

Wir haben es allgemein nicht geschafft, eine Struktur zu entwickeln, die dauerhaft ist, die nicht bewegungsorientiert, nicht skandalorientiert ist. Ich glaube, das ist eine Menschheitsfrage, das ist nicht nur eine Autonomen-Frage. Zum Beispiel: Warum ist Russland, damals die Sowjetunion, das geworden, was es heute ist? Das war nicht nur der Feind. Die entscheidende Frage ist: Welche inneren Strukturen haben dazu beigetragen, dass die Sowjetunion 1989 implodiert, einfach in sich zusammengebrochen ist? Der Grund dafür lag nicht nur im Verhalten des Westens gegenüber der Sowjetunion. Diese Fragen musst du angehen. Woran lag es? Lag es nur an ein paar verrückten Führern? Nein, es sind Strukturen, die so etwas möglich machen, die dann zu solchen Personen führen, die man anklagt, die Idee zu verraten.

Kommen wir jetzt zu deiner aktuellen Tätigkeit. Du warst in den letzten Jahren viel journalistisch tätig. Zum Beispiel auf deinem Blog, mit dessen Hilfe wir viel über die Geschichte der Autonomen lernen konnten, aber auch gemeinsam mit dem Recherchenetzwerk Exit. Was bedeutet diese Arbeit für dich in Bezug auf deine politischen Ziele?

Ich glaube, da berühren wir sehr viel von dem, was schon angesprochen wurde. Ich sagte es bereits: An diesen Punkt kommen alle Bewegungen – auch die Autonomen sind an den Rand ihrer Möglichkeiten gelangt. An diesem Punkt jammerst du entweder oder leckst Wunden oder du versuchst zu kapiern: Was haben wir gesehen, was konnten wir nicht sehen? Am NSU/VS-Komplex gibt es eine zentrale Sache, die unglaublich fruchtbar für mich war. Mit faschistischen Gruppierungen hatte man die letzten Jahrzehnte in Frankfurt nie viel zu tun. Es war mehr Hokuspokus und unglaublich viel Energie-

aufwand für irgendwelche 50, 100 oder 300 Faschisten, die da aufmarschiert sind. Was mich am Beispiel des NSU interessiert hat, ist eine Geschichte, die für die Linke unglaublich zentral ist: Welche Rolle spielen neofaschistische Gruppierungen im Kontext staatlicher Strukturen, die sie fördern, wie der Verfassungsschutz? Wie sind diese Strukturen genau beschaffen, wenn der Staat über den NSU, eine im Untergrund operierende Gruppe, Bescheid weiß. Wie machen sie das, wie treffen sie ihre Entscheidungen? Da gibt es innerhalb der Linken die verrücktesten Ideen, etwa von einem verselbstständigten Geheimdienst, der macht, was er will. Da sage ich, ok, das ist eine These, die andere ist: Es gibt einen Untergrund im Staat, den tiefen Staat. Das ist ein Begriff, der wissenschaftlich Hand und Fuß hat, in der Wirklichkeit auch.

Aber was ist es jetzt? Die dritte Möglichkeit, die es beim NSU gibt, ist, dass die Bullen rassistisch, schlampig und blöd sind und dass sie deswegen die Sachen nicht sehen. Diese drei großen Theorien gibt es. (Theorien ist großzügig gesagt.) Es gibt keine historische Situation für mich, in der man diese Fragen so genau beantworten kann, wie am Beispiel des NSU. Das hat etwas mit den Rissen zu tun, die ich erwähnte. Es gibt manchmal Risse im System, da fällt Licht durch. Die sind am Beispiel des NSU sichtbar geworden. Es gab natürlich auch massive innere Spannungsrisse bei uns: Warum haben wir nicht früher den NSU bekämpft? Warum lässt man Migranten einfach umbringen? Aber auch in der Regierung kommen solche Fragen auf den Tisch: Wie kann es kommen, dass wir eine Struktur fördern, begleiten, beobachten, die unseren eigenen Regierungspräsidenten, Walter Lübcke, umbringt?

Hier müssen wir ansetzen. Ich könnte an bestimmten Punkten sehr genau beantworten: Wie waren die Strukturen? Welche Institutionen spielten eine Rolle? Die Polizei spielte zum Beispiel eine mäßige Rolle. Für die antirassistischen Gruppierungen sind es immer die Bullen, die rassistisch sind. Ich versuche ihnen dann immer zu erklären, dass es bestimmte Beispiele innerhalb des NSU-Komplexes gibt, die beweisen, dass es nicht die Bullen waren, auch nicht die rassistischen Bullen. Das ist keine Frage mehr von Spekulationen, Verschwörungstheorien oder irgendwelchen Spinnereien. Nein, in den zehn Jahren ist Material öffentlich geworden, mit denen diese drei Fragen zu beantworten sind. Das ist historisch unglaublich wichtig für uns, wenn wir uns einer Nazi-Demonstration entgegenstellen oder wenn es einen NSU 2.0 gibt. Wie hängt das zusammen, auf was müssten wir uns einlassen, was greifen wir politisch an?

Du hast die antirassistische Linke angesprochen, in der das Problem auf Seiten der Polizei verortet wird. Andere Teile der gesellschaftlichen Linken sehen in politischen Führungspersonen wie Salvini oder Trump Faschisten. Du hast dich mit der Genese und Entwicklung von faschistischen Bewegungen und Gruppierungen auch

in deinem Buch zum NSU/VS-Komplex¹ auseinandergesetzt, wie schätzt du die gegenwärtige Rede von einem entstehenden Faschismus ein?

Schön, dass ihr es anspricht. Zwei Drittel meines Buches zum NSU/VS-Komplex ist Recherche für den Versuch, die angesprochenen drei Fragen zu beantworten. Dann gibt es aber noch ein ganzes Drittel, da geht es um Faschismustheorien seit den 20er-Jahren. In Deutschland gibt es exzellente Faschismustheorien. In den 20er-Jahren waren wirklich tolle Leute in linken wissenschaftlichen Apparaten dabei, den aufkommenden Faschismus zu erklären, Theorien zu entwickeln und sie verfügbar zu machen. Ich habe das in dem letzten Drittel dargestellt. Ich sage jetzt nur zur Gegenwart und Präsenz dieser Frage: Bei ungefähr 100 Veranstaltungen, die ich in den letzten fünf Jahren gemacht habe, ist kein einziges Mal dieses letzte Drittel thematisiert worden. Es ging immer um Skandal, es ging immer um die Rolle des Verfassungsschutzes, um Heilbronn, um die toten Zeugen. Das meine ich damit, nur vor die eigenen Füße zu schauen. Das größte Problem ist, das ist durchweg bei allen Veranstaltungen von Norden bis Süden so gewesen, dass es keine Bereitschaft gibt, sich damit auseinanderzusetzen, welche Faschismustheorie das erklären kann, was gerade passiert. Wo sind wir heute? Was ist Trump, was ist Macron in Frankreich, was ist Salvini in Italien? Welche Rolle spielt die AfD? Es gibt keine öffentliche Debatte dieses letzten Drittels. Das könnte ich auch rausreißen aus dem Buch und es würde nicht auffallen. Für mich ist das deprimierend, weil diese Fragen notwendig zu stellen sind – um etwa einzuschätzen, welche Rolle der NSU spielt und andere Gruppierungen, die es ja immer noch gibt. Das Entscheidende verstehe ich nicht: Es gab den Faschismus, es gibt bei den Herrschenden die Erfahrung mit dem Faschismus und was er hinterlassen hat. Ich behaupte, bei den Beispielen, die wir in Griechenland, Frankreich, Italien und ich glaube auch in Deutschland haben, wird möglichst viel getan, um keine Option in Richtung Faschismus zuzulassen. Also möglichst den Fehler der 20er- und 30er-Jahre zu vermeiden. Das widerspricht überhaupt nicht der Tatsache, dass man sich den NSU hält, dass man die Morde nicht verhindert, dass man diese Angst-Stimmung, die dadurch entsteht, nutzt. Das ist kein Widerspruch. Wenn du heute über Faschismus reden willst, dann musst du immer davon ausgehen: Er hat ganz viel zerstört, er hat ganz Vieles gar nicht einlösen können. Das ist immer in der Rechnung, wenn in Frankreich nicht Le Pen drankommt, sondern Macron. In Griechenland kam nicht die faschistische *Goldene Morgenröte* an die Macht, sondern eine „Linke“. Das war in einem gewissen Sinn geduldet bis gewollt; man musste *Syriza* zurechtschneiden, bis sie reformistisch und brav war, aber man hat nicht auf die Option der *Goldenen Morgenröte* gesetzt. Eine Linke muss darüber nachdenken, warum das nicht passiert ist. Oder warum die politische Klasse in Frankreich mit *La République en Marche* eine eigene Partei gründet, wo es eine starke faschistische Partei gibt?

Auf die Situation in den USA übertragen, wo Trump teilweise als Faschist bekämpft wurde und der Wahlsieg Joe Bidens auch von Linken als Erfolg – eben gegen den Faschismus – gefeiert wurde, muss man fragen: Seit wann genügen der Linken sozialdemokratische Wahlerfolge?

Das ist etwas ganz Zentrales: Die AfD hier, Le Pen in Frankreich, Trump in den USA, sie retten das System. Bis in die Linke hinein sind sie froh über Joe Biden, der ein imperialistisches Arschloch ist. Unter Trump gab es weniger Kriege als unter Obama. Aber Obama war ja bis hin zur Queer-Szene, bis hin zur schwarzen Community eine Lichtgestalt – und der lächelt auch so nett! Doch es geht um die Strukturen dahinter, das worüber wir geredet haben. Joe Biden ist eine Null. Trump ist eine Null. Diejenigen, die nie gewählt werden, die sind immer an der Macht.

Es gibt in den USA ja das geflügelte Wort von dem ehemaligen US-Präsidenten Eisenhower, dass der militärisch-industrielle Komplex das Sagen hat. Auf jeden Fall Personen, die nicht gewählt werden. Die sind bei Joe Biden wie bei Trump am Tisch und es sind dieselben. Aber wenn die Linke meint, sie hätte jetzt den Faschismus bekämpft, indem sie Trump aus dem Weißen Haus gejagt hat, dann verleugnet sie eigentlich all die notwendigen Kämpfe, die wichtig sind, damit ein Joe Biden nicht die Antwort ist. Die Linke betreibt auch in Deutschland in den letzten Jahren keine eigenständige oppositionelle Politik, sondern ist im Prinzip im Babywagen der Großen Koalition mitgefahren und merkt gar nicht, wie überflüssig sie sich macht. Aber natürlich heißt es immer: „Wir müssen Höcke verhindern!“ Das erklärt auch gleichzeitig, warum es die AfD für die politische Klasse geben muss: weil es sonst ja keinen Unterschied mehr gibt zu „richtig scheiße“. Ich finde die Verhältnisse auch ohne AfD und Höcke nicht aushaltbar und für eine Gesellschaft, die glücklich sein könnte aufgrund der technischen Möglichkeiten und aufgrund des materiellen Wissens, finde ich es fürchterlich, einen Skandal. So eine Gesellschaft immer weiter fortzuführen, immer wieder zu verlängern und mit ganz viel Ohnmacht und Enttäuschung auszukommen, die man damit produziert – ich finde das untragbar. Ich brauche keine AfD, um mit den Verhältnissen unzufrieden zu sein.

Wir haben viel über die Problematiken einer Partei gesprochen: Wäre es fürchterlich, jetzt eine Partei zu gründen?

Eine solche Option würde voraussetzen, dass es eine ganz starke außerparlamentarische Bewegung gibt, die organisiert ist, die strukturiert ist, die stark ist; die die Partei führt. Also nicht die Partei für die Bewegung, sondern umgekehrt. Das was die Partei von außen politisch organisiert, müsste sich eigenständig organisieren, so könnte es Ausdruck in einer Partei finden. Wobei man dann aus den Erfahrungen der Grünen lernen muss, denn die Idee am Anfang, mit dem Spiel- und dem Standbein, war nicht schlecht. Im Prinzip haben sie ein imperatives

Mandat eingeführt, mit den zweijährigen Perioden. Ich glaube auch, dass man bei einer Partei oder einer Struktur, die wir finden müssten, bestimmte Sachen verhindern kann, dass man sehr wohl aus den Erfahrungen lernen kann.

Der NSU, Walter Lübcke, Aufklärung, Parlamentarischer Untersuchungsausschuss und rassistische Gruppierungen stellen uns vor die Frage: Wie gehen wir damit um? Ich glaube, dass ganz viel notwendig wäre, um zu kapieren, welche Rolle spielte der NSU, welche Rolle spielen staatliche Institutionen, welche Rolle spielen die politischen Parteien, die darum wissen, was da passiert oder nicht passiert? Welche Rolle spielt die AfD? Das habe ich ja gerade schon beschrieben – jetzt zum Abschluss kann man ja ein bisschen böse werden –: Für die Linke ist es gut, dass es die AfD gibt, denn so muss sie sich nicht mit der Politik auseinandersetzen, die sie aus Ohnmacht hinnimmt.

Die AfD ist dagegen ein Kindermädchen, die haben gar nicht die Macht. Wenn ich den Rassismus und den Nationalismus bekämpfe, dann ist es natürlich wichtig, die AfD da einzuordnen. Aber noch wichtiger ist es, die Wirklichkeit zu begreifen. Wer hat zurzeit die Macht, für rassistische Verhältnisse zu sorgen, etwa an den Außengrenzen, wo Monat für Monat Tausende sterben, wo mit faschistischen Regimen zusammengearbeitet wird, um die Außengrenzen zu sichern? Jahr für Jahr werden die Fluchtursachen organisiert und es entstehen Verhältnisse, die nicht nur an den europäischen Außengrenzen zu sehen sind. Die AfD hat an keinem einzigen Punkt einen Fuß in der Tür, die Regierungsparteien schon. Ich glaube, man kann manchmal in einer Nebenstraße noch eine kleine Schlacht führen, aber man muss wissen, wo die Hauptstraße ist. Man kann sich manchmal in einer Seitenstraße verstecken, aber ganz wichtig ist es, dass man weiß, wo die Hauptstraße ist. Ich glaube diese Diskussion um das kollektive Wissen, was wir uns erst aneignen müssen, die fehlt ganz stark. Das vermisse ich sehr. **IP**

1 Wolf Wetzell: *Der Rechtsstaat im Untergrund. Big Brother, der NSU-Komplex und die notwendige Illoyalität*, Köln 2015.

ZUR REKONSTRUKTION REVOLUTIONÄRER THEORIE BEI HANS-JÜRGEN KRAHL

*Ein Schlaglicht auf das
Verhältnis von Marxismus und
Revolutionstheorie*

von Marcel Kleufer

Als Hans-Jürgen Krahl im Alter von 27 Jahren am Abend des 13. Februar 1970 in einem Autounfall starb, war dies gleichbedeutend mit dem Ende der antiautoritären Studentenbewegung in Westdeutschland und hatte die offizielle Auflösung des *Sozialistischen Deutschen Studentenbunds* (SDS) zur Folge. Hans-Jürgen Krahl gilt heute neben Rudi Dutschke als zweiter Kopf des SDS, als der intellektuelle Kopf der Studentenbewegung, als marxistischer Robespierre von Frankfurt Bockenheim und als der Quälgeist Theodor W. Adornos. Krahls Marxismus, der sich allen voran in posthumer Niederschrift mündlicher Aussagen nachvollziehen lässt, behandelt weitgehend die Aktionen der Studentenbewegung und hat in einem sehr strikten Sinne seine Grenzen an den Themen seiner Zeit, die sich in gegebener Kürze nur reduziert und in eklektischer Auswahl vorstellen lassen. Krahls Thema probandum von 1967 bis 1970 war dabei die Theorie der Revolution im Spätkapitalismus.

PROPAGANDA DER SCHÜSSE UND PROPAGANDA DER TAT

Für Krahl bedeuteten der

erfolgreiche Widerstand des vietnamesischen Volkes gegen die gigantische technologische Gewaltmaschine der USA, das sozialistische Modell Kuba und die revolutionären Kämpfe der Guerilleros in Lateinamerika [...] die qualitativ neue weltgeschichtliche Aktualität der Revolution.¹

Es sei für ihn nicht nur offensichtlich, dass die Armee der USA am Widerstand in Vietnam scheitern könne. Zusätzlich, so Krahl in seiner Rede auf dem Berliner Vietnam-Kongress im Februar 1968, deuteten Widersprüche zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Staaten darauf hin, dass das System

des Spätkapitalismus im internationalen Maßstab vulnerebel sei. Dabei war für Krahl Georg Lukács' Kategorie der „Aktualität der Revolution“ maßgeblich, mit der Lukács das Zentrum von Lenins Denken und Aktion bezeichnete, gleichsam Gegenwart, Legitimität und Möglichkeit der Revolution.² In seinen *Angaben zur Person* schilderte Krahl im Oktober 1969 seinen persönlichen Werdegang vom rechtsextremen Ludendorff-Bund, zur CDU und schließlich zum SDS, von Meister Eckhardt, über Martin Heidegger, zum logischen Positivismus und schließlich zu Karl Marx. Indirekt lernen wir dadurch auch über den politischen Bildungsprozess der Studentenbewegung: Die Kämpfe in der Dritten Welt boten den Studenten einen veränderten Bezugspunkt, der sowohl eine Distanzierung von der Sowjetunion, der Theorie der friedlichen Koexistenz, als auch vom Kapitalismus und Antikommunismus der Bundesrepublik der Nachkriegszeit ermöglichte. Der verbale Bezug auf diese Kämpfe drückte eine Bewusstseinsalternative aus. In der Dritten Welt trat für Krahl der Charakter des Spätkapitalismus offen zu Tage: Es herrsche offene und terroristische Unterdrückung. Die Solidarität mit dem Widerstand in der Dritten Welt habe den Studenten ermöglicht, die Gewalt der Ausbeutung, die auf Tauschverkehr und Vertrag beruhe, zu durchschauen: „Che Guevara, Fidel Castro, Ho Tsch Minh und Mao Tse-tung sind Revolutionäre, die uns eine politische Moral kompromissloser Politik vermittelten.“³

Schon im *Organisationsreferat* mit Dutschke im September 1967 spielte die Dritte Welt und insbesondere der Guerillero eine zentrale Rolle. In diesem Referat, das die antiautoritäre Ausrichtung des SDS während der Hochphase der Studentenbewegung begründen sollte, forderten Dutschke und Krahl die „Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit“ durch Ergänzung der

„Propaganda der Schüsse“ (CHE) in der „Dritten Welt“ [...] durch die „Propaganda der Tat“ in den Metropolen [...]. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.⁴

Diese Aussagen, die sowohl auf Dutschkes Beschäftigung mit Régis Debray, als auch auf das Pathos der großen Weigerung Herbert Marcuses bezogen sind, verweisen ebenfalls – und das ist wohl Krahl zuzurechnen – auf Carl Schmitts *Theorie des Partisanen*. Der faschistische Staatsrechtler und Theoretiker des Deziionismus bestimmte die Irregularität als Grundmerkmal des Partisanen, der bei Dutschke und Krahl als Guerillero figurierte.⁵

ANTIAUTORITARISMUS UND LINKSFASCHISMUS

Das Organisationsreferat hatte nicht nur einen verbandsinternen, sondern auch einen spezifisch lokalen Kontext: den „Hausstreit“ zwischen Krahl und den Leuten, die ihn umgaben, auf der einen und Jürgen Habermas und Adorno auf der anderen Seite. Treibend

für diesen Konflikt war zunächst die Auseinandersetzung mit Habermas, der zu Krahls Privatfeind werden sollte. Aber auch Adorno wurde Stück für Stück in den Konflikt hineingezogen. Schon im Juni 1967 auf einem Kongress in Hannover, der nach der Beerdigung des von einem Polizisten am 2. Juni erschossenen Benno Ohnesorgs stattfand, wurde der Grundstein für den Konflikt gelegt. Dort sprach sich Krahl für eine Taktik friedlicher Provokation aus und votierte für eine Praxis an der Hochschule, die von direkter Kritik in Seminaren bis zu „Destruktion des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes und der Errichtung qualitativer Gegenseminare“ reichen sollte.⁶ Veränderungen von Hochschule und Gesellschaft waren für ihn komplementär. Mit Bezug auf Habermas, der vor einer masochistischen und voluntaristischen Praxis der Studenten warnte, verwarf Krahl das aus der „traditionellen Deziionismuskritik“ stammende Argument, dass die „Provokation von Gewalt faschistisch sei“.⁷ Wenig später äußerte Habermas in Erwiderung auf Rudi Dutschke, aber mit indirektem Bezug auf Krahl, dass dieser „eine voluntaristische Ideologie entwickelt [hat], die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, und der unter heutigen Umständen [...] linken Faschismus nennen muß [sic].“⁸ Der Linksfaschismus-Vorwurf machte Schlagzeilen. Im Organisationsreferat antworteten Dutschke und Krahl auf Habermas:

Durch die globale Eindimensionalisierung aller ökonomischen und sozialen Differenzen ist die damals praktisch berechnete und marxistisch richtige Anarchismuskritik, die des voluntaristischen Subjektivismus, daß Bakunin sich hier auf den revolutionären Willen allein verlasse und die ökonomische Notwendigkeit außer acht lasse, hinfällig.⁹

Und noch im Mai 1968 behauptete Krahl: „Die seinerzeit praktisch richtige und theoretisch wahre Polemik Marxens gegen den idealistisch abstrahierenden Voluntarismus der Bakunisten scheint vom kapitalistischen Geschichtsverlauf selbst außer Kraft gesetzt.“¹⁰ Dem entgegnet Adorno wiederum im Frühjahr 1969 in seinem Rundfunkvortrag *Resignation*, bei dem Titel und Themen auf Vorwürfe Krahls verweisen:

Auch politische Tathandlungen können zu Pseudo-Aktivitäten absinken, zum Theater. Kein Zufall, daß die Ideale unmittelbarer Aktion, selbst die Propaganda der Tat, wiederauferstanden sind, nachdem ehemals progressive Organisationen sich willig integrierten und in allen Ländern der Erde Züge dessen entwickelten, wogegen sie einmal gerichtet waren. Dadurch aber ist die Kritik am Anarchismus nicht hinfällig geworden. Seine Wiederkehr ist die eines Gespensts.¹¹

Sowohl die Erwähnung der „Propaganda der Tat“ als auch die Zurückweisung des Anarchismus bezogen sich auf das *Organisationsreferat* und spätere Aussagen Krahls. Hier ist nicht nur bereits der grundlegende Konflikt zwischen den Frankfurter Schülern und den Lehrern angelegt, die mit der Besetzung des Instituts für

Sozialforschung im Frühjahr 1969 eskaliert. Es werden auch die zentralen Bezugspunkte für Krahl's Marxismus deutlich, nämlich die Analyse des Spätkapitalismus und der Rolle der Hochschule sowie der wissenschaftlichen Intelligenz in ihm. Grundsätzlicher Anlass der Hochschulrevolte waren einerseits die veralteten feudalen Strukturen der Ordinarienuniversität, andererseits Reformen, die die Hochschule im Sinne des Kapitals formell subsumieren und den Lehrbetrieb im Sinne einer Berufsausbildung reformieren sollten. In diesem Kontext bestand zwischen Schülern und Lehrern Einigkeit über die notwendige Demokratisierung der Hochschule, die die Studenten in die Gestaltung des Lehrbetriebs einbinden sollte. Über Ausmaß und Wahl der Mittel bestand aber Uneinigkeit. Der Eskalation des Streits, der kaum noch Diskussion ermöglichte, lagen verschiedene Auffassungen über die Aktualität der Revolution, der Verfasstheit des Spätkapitalismus und einer entsprechenden Strategie zugrunde. Für Dutschke und Krahl stellte sich „das Problem der Organisation als Problem revolutionärer Existenz“ des städtischen Guerillero. Für diesen gelte: „Die Universität bildet seine Sicherheitszone, genauer gesagt, seine soziale Basis, in der er und von der er den Kampf gegen die Institutionen, den Kampf um den Mensagroschen und um die Macht im Staate organisiert.“¹² Der Spätkapitalismus sei nicht nur im globalen Maßstab und durch Kämpfe im Trikont vulnerebel, auch universitäre und partikuläre Anliegen könnten prinzipiell systemsprengend sein. Der Bezugsrahmen war eine Randgruppenstrategie, von der sich Krahl später distanzierte.¹³ Im *Organisationsreferat* wurde der Aktionismus von Randgruppen zum Komplementärbegriff der Diagnose, dass die Bundesrepublik ein System des integralen Etatismus im Sinne Max Horkheimers sei: Der Staat werde durch die Liquidation der Zirkulationssphäre zu einer ökonomischen Potenz. Die Arbeiter galten Dutschke und Krahl dabei nicht einfach als integriert, es habe eine Veränderung in der Wertsubstanz selber stattgefunden: Abstrakte Arbeit werde durch ein „institutionelles Manipulationssystem artifizial reproduziert“, denn wenn

der technische Fortschritt der Maschine zwar potentiell die Arbeit abschafft, aber faktisch die Arbeiter abschafft und eine Situation eintritt, in der die Herrschenden die Massen ernähren müssen, wird die Arbeitskraft als Ware tendenziell ersetzt. Die Lohnabhängigen können sich nicht einmal mehr verdingen, die Arbeitslosen verfügen nicht einmal mehr über ihre Arbeitskraft als Ware. [...] Diese Tendenz ist begreifbar nur im Rahmen der durch den technischen Fortschritt zur Automation bewirkten Konstellationsveränderung im Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit. [...] Diese Konstellationsveränderung [bewirkt], daß nicht mehr das Wertgesetz, die objektiv sich durchsetzende Arbeitszeit, den Wertmaßstab abgibt, sondern die Totalität des Maschinenwesens selber.¹⁴

Wenig später, im April 1968, wiederholte Krahl seine Theorie des Spätkapitalismus auf einem Podium des

Deutschen Soziologentags, der unter Vorsitz Adornos zum Thema *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft* tagte. Mit der permanenten Notwendigkeit von Eingriffen des Staates in die Ökonomie sei auch die Krise permanent. Eine revolutionäre Bewegung müsse nicht mehr auf die ökonomische Reife für eine Revolution warten.¹⁵ Dieselbe gesellschaftliche Situation, durch die ein neuer Faschismus drohe, sollte die Revolution ermöglichen. Die Theorie des autoritären Staates wurde antiautoritär in eine Aktionstheorie umgedeutet. Die Analyse bezog sich auf die Wirtschaftskrise von 1966/67. Sie bedeutete nicht nur das Ende des „Wirtschaftswunders“, sondern auch die Herausbildung einer ersten Großen Koalition und somit den Sturz des Neoliberalen Ludwig Erhards. Die SPD, knapp zehn Jahre zuvor zur Volkspartei transformiert, war das erste Mal in der Nachkriegsgeschichte an einer Regierung beteiligt. Die Gesellschaft schien sich zu einem großen Block zusammenschließen. Ökonomisch wurde von der SPD eine Phase keynesianischer Globalsteuerungsversuche der Wirtschaft, die „konzertierte Aktion“, eingeleitet. Die Angst vor einer autoritären Wende wurde durch Diskussionen um Veränderung des Wahlrechts, Veränderungen im Demonstrationsrecht und vor allem durch die Notstandsgesetze, die eine Notstandsverfassung in das Grundgesetz implementierten, bestärkt.¹⁶

ORGANISATION UND REVOLUTIONSTHEORIE

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Mai 1968 wurde zum Höhe- und Verfallspunkt der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik. Die Proteste gegen die Notstandsgesetze markierten für Krahl einen Wendepunkt, den er später als eine aktionspraktische „große Hinwendung zum Proletariat“ ansehen sollte.¹⁷ Der Mai 1968 war gekennzeichnet von einer teilweise gelingenden Verbindung von Studenten und Arbeitern im gemeinsamen Protest. Für die Studenten bedeutete die Besetzung der Frankfurter Universität in der letzten Maiwoche den Höhepunkt des Protestes. Das Scheitern des Protestes mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ließ die vermeintliche Allianz von Studenten und Arbeitern wiederum schnell zerbrechen. Dennoch stellte sich die Organisationsfrage für Krahl nun anders als im *Organisationsreferat*.

Für Krahl zeigten die Ereignisse in Paris im Mai '68 und die Rolle der kommunistischen Partei im politischen System Frankreichs, dass dieser Parteytypus eine „angemessene proletarische Objektivierung“ verhindere.¹⁸ Das Kampfmittel der Wahl müsse vielmehr der Generalstreik sein. Zu diesem hatte er zuvor Schüler, Studenten und Arbeiter in seiner *Römerbergrede* im Kampf gegen die Notstandsgesetze vergeblich aufgefordert.¹⁹ Die angestrebte revolutionäre Organisation durfte für Krahl kein Verhältnis von Führung und Truppe reproduzieren, sondern es bedürfe einer angemessenen Arbeitsteilung. Dabei hätten die Studenten die bürgerlichen Ideale von Solidarität und herrschaftsfreier Kommunikation

zu verwirklichen.²⁰ Krahl bestand fortdauernd darauf, Organisationsfrage und Emanzipationsproblematik in ein Spannungsverhältnis zu bringen:

Wir machen solange individuelle und vereinzelte Bildungsprozesse mit allen Entstellungen und Narben durch, solange wir entweder Mitglieder der herrschenden Klasse oder der unorganisierten, in sich zerrissenen Arbeiterklasse sind, in der jeder einzelne gezwungen ist, seine Haut zu Markt zu tragen; [...] solange wir vereinzelt sind und nicht organisiert, solange wir uns den Ideologien der herrschenden Klasse und des kapitalistischen Maschinenparks unterwerfen müssen. In dem Augenblick aber wird unser Bildungsprozess ein kollektiver, nicht im Sinne der Vernichtung von Individualität, sondern überhaupt erst in der Herstellung von Individualität, so wie er metaphysisch in Hegels *Phänomenologie des Geistes*, materialistisch in Marxens und psychoanalytisch in den Theorien Freuds formuliert ist, indem wir diese Gesellschaft als ein totales Ausbeutungssystem durchschauen, in dem die produktive Lebenstätigkeit der Menschennatur verkümmert. Wir machen Bildungsprozesse durch, die überhaupt erst Individualität wieder herstellen und das, was Individualität ist, in einem emanzipativen Sinne rekonstruieren, indem wir uns im praktischen Kampf gegen dieses System zusammenschließen.²¹

Der leninistische Parteitypus als klassisches Modell der Organisation korrespondiere mit seiner Betonung der Fabrikdisziplin keiner Bedürfnisstruktur mehr. Dennoch bedürfe es, so argumentierte Krahl angesichts der Krise der Studentenbewegung im Frühjahr '69, ihres Zerfalls in maoistische K-Gruppen und antiautoritäre „Spontis“, ein gewisses Maß an Disziplin, d.h. an Bedürfnisunterdrückung, da sonst jede Organisation durch Emanzipationsegoismen zersetzt werde.²² So sehr hier Krahls Organisationsideal deutlich wird, so schön die Worte auch sind, so sehr handelte es sich um Schwindel: Seine Aussagen im Oktober 1969 versuchen vergebens über den Zerfall der Studentenbewegung ab Mai 1968 hinwegzutäuschen.

DER KOLLEKTIVE THEORETIKER DES PROLETARIATS

Revolutionstheorie musste für Krahl mehrere Aspekte in der Organisation reflektieren: die wachsende objektive Überflüssigkeit von Arbeit, die Emanzipationsproblematik, die Dimension der Bedürfnisse und der Gebrauchswerte. Überdeutlich wird dieser Zusammenhang in Krahls Beitrag zur so genannten *Strategie und Organisationsdebatte* des SDS: Ein Versuch zur Lösung des Dilemmas aus Organisationsfrage und negativen Entwicklungen der antiautoritären Bewegung waren Krahls *Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewusstsein*. Dieser Text, der sein Spätwerk werden sollte und zu einem der wenigen ausgearbeiteten Texte Krahls zählt, wurde im Dezember 1969 veröffentlicht und sollte wohl ein Manifest für die Zukunft werden. Sowohl

die Behauptung, dass die wissenschaftliche Intelligenz kleinbürgerlich sei als auch, dass es sich bei ihr um die „neue Arbeiterklasse“ handele, wies er implizit zurück.²³ Die Aufgabe der Studenten war für ihn vielmehr

im praktischen Kampf die Theorie zu entfalten [...], die für das Proletariat, seine Sprach- und Bewusstseinswelt die Herrschaft hier im Spätkapitalismus verständlich macht, die so unendlich manipulativ und integrativ überdeckt ist, sie entschleierte und aufdeckt; dass es unsere Funktion ist, als politische Intellektuelle unser Wissen in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen.²⁴

Krahl wollte die Frage nach dem Verhältnis von antiautoritärer Studentenbewegung, wissenschaftlicher Intelligenz, Emanzipationsbedürfnissen und proletarischem Klassenkampf beantworten. Dabei wollte er einerseits nicht in einen Traditionalismus zurückfallen, der stillschweigend Modelle der Oktoberrevolution übernehme, andererseits die historisch neue Rolle der Wissenschaft im Produktionsprozess, als Produktivkraft, beachten:

Mit der fortschreitenden Vergesellschaftung des Kapitals und der produktiven Arbeit und der technologischen Verwissenschaftlichung der Produktion wird auch das unmittelbare Industrieproletariat immer mehr zum Moment im Gesamtarbeitsprozess. Es repräsentiert weniger denn je die Totalität produktiver Arbeit.²⁵

Aus der funktionellen Integration der Wissenschaftler in den Gesamtarbeiter folge, dass „Technik und Wissenschaft [...] ein produktiv umgesetztes Entfaltungsstadium von systemsprengendem Ausmaß erreicht“²⁶ haben. Durch ihre Politisierung sollte Wissenschaft – um mit Lukács zu sprechen – ihren kontemplativen Charakter verlieren. Gegen die Restauration eines Leninismus, der nicht auf den Bedürfnisbegriff reflektiere, sowie gegen einen Antiautoritarismus, der Emanzipation individualisiere, wendete er ein, Klassenbewusstsein sei „ein ans Durchschauen der Wertabstraktion gebundenes, parteiliches Totalitätsbewusstsein und an die Befriedigung von Bedürfnissen geheftetes produktives Konsumtionsbewusstsein.“²⁷ Durch die Übertragung zentralistischer Organisationsmodelle auf Westeuropa entstehe, so Krahl, eine unvermittelte Dualität zwischen der Partei, die um die Kategorien aus der Kritik der politischen Ökonomie wisse, und den Massen, die ein Konsumenteninteresse hätten. Somit fielen das theoretische und das empirische Bildungsmoment von Klassenbewusstsein auseinander. Die Massen würden so zur Passivität verdammt. Die Agitation des SDS habe daher die Emanzipationsbedürfnisse der Massen zu berücksichtigen.²⁸ Krahl warnte deshalb, in einer Zeit, wo sich die Produzenten selten als diese begreifen würden, dezidiert vor der „strategische[n] Fehleinschätzung eines industrieproletarisch verengten Klassenbegriffs“.²⁹ Für Krahl ergaben sich so für die Konstitution von Klassenbewusstsein drei revolutionstheoretische Probleme: 1. das Problem

einer Rekonstruktion revolutionärer Theorie als einer Lehre, deren Aussagen die Gesellschaft unter dem Aspekt radikaler Veränderbarkeit begreifen. 2. Der Wiedergewinnung einer Dimension materialistischer Empirie von Bedürfnisbefriedigung und Interessenerzeugung. 3. Das Problem der Umsetzung der Theorie ins Bewusstsein des Proletariats.³⁰

Dazu sei erstens eine „[e]rkenntniskritische Selbstreflexion der Einzelwissenschaften [...] [als] ein konstitutives Moment des Klassenbewusstseins wissenschaftlicher Intelligenz“³¹ nötig. Durch immanente Kritik an den positivistischen Wissenschaften solle ermöglicht werden, dass die Wissenschaftler sich als Produzenten begreifen. Die Bedürfnisse der Massen ließen sich zweitens nicht theoretisch ableiten, sondern nur im politischen Kampf ermitteln. Diese praktische Erfahrung sei im Zusammenhang mit der Wissenschaftskritik zu theoretisieren. Drittens sei das Verhältnis von Theoretiker und Proletariat noch ungeklärt. Bisher sei die Konstitution von Klassenbewusstsein und Einheit von Theoretikern und Proletariern nur in einer Partei immer schon vorausgesetzt worden.³² Daraus folgerte Krahl seine Version der Einheit von geistiger und körperlicher Arbeit: „Die Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz muss zum kollektiven Theoretiker des Proletariats werden – das ist der Sinn ihrer Praxis.“³³

ANTI-HABERMAS

Krahl beschäftigte die grundsätzliche Frage, ob die *Kritik der politischen Ökonomie* im Sinne einer revolutionären Theorie und der Selbstanwendung des Historischen Materialismus auf sich selbst nicht vielmehr als Kritik der politischen Technologie fortzuführen ist.³⁴ Diese Überlegung war für die Hochschulrevolte unerlässlich, da sie die Rolle der Wissenschaft im Produktionsprozess und die Frage technologischer Rationalität adressiert. Die Verwissenschaftlichung der Produktion wurde dabei selbst als eine Entwicklung der Wissenschaft zur Produktionskraft begriffen. Krahl entwickelte seine Analyse in Abgrenzung zu Habermas, der sich ebenfalls dieser Problematik etwa in seinem Werk *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“* annahm. Dessen Ansatz überzeugte Krahl allerdings nicht, denn Habermas verfehle grundlegende marxsche Konzeptionen. So hatte er an anderer Stelle, in *Erkenntnis und Interesse* – dem Werk, in dem er Gesellschaftskritik als Erkenntniskritik zeichnet – behauptet:

In seinen inhaltlichen Analysen begreift Marx die Gattungsgeschichte unter Kategorien der materiellen Tätigkeit *und* der kritischen Aufhebung von Ideologien, des instrumentellen Handelns *und* der umwälzenden Praxis, der Arbeit und der Reflexion in einem; aber Marx interpretiert, was er tut, in dem beschränkteren Konzept einer Selbstkonstitution der Gattung allein durch Arbeit. Der materialistische Begriff der Synthesis ist nicht weit genug gefaßt, um die Hinsicht zu explizieren, in der Marx

der Intention einer im wohlverstandenen Sinne radikalisierten Erkenntniskritik entgegenkommt.³⁵

Bei Habermas zerfällt der Begriff gesellschaftlicher Arbeit oder der Begriff von Produktion in eine Dualität von Arbeit und Interaktion.³⁶ Krahl sieht Habermas' zentralen Vorwurf gegen Marx darin, „daß MARX [Herv. i. Orig.] auf der kategorialen Ebene erkenntnistheoretischer Selbstreflexion den Konstitutionsprozeß der Menschengattung auf instrumental-technische Arbeit reduziere.“³⁷ Gegen Habermas opponierte Krahl, der in jenem einen Liberalen sah, vor allem in seinem letzten Referat *Produktion und Klassenkampf* vom 6. Februar 1970. Habermas habe zwar berechtigterweise das Verhältnis von Produktion und Klassenkampf erkenntnistheoretisch problematisiert, aber gegen ihn spräche seine Reduktion des Arbeitsbegriffs. Dieser meine nämlich als gegenständliche Tätigkeit nicht nur den Stoffwechsel von Mensch und Natur, sondern auch das Verhältnis der Menschen untereinander, die sich verdinglicht aufeinander beziehen. Habermas reduziere allerdings Interaktion, den gesellschaftlichen Verkehr der Menschen, auf sprachliches Handeln. Er zahle dergestalt den Preis für seinen reduzierten Produktionsbegriff, der eigentlich alle Momente gesellschaftlicher Praxis umfasse. Dies führe zur „Entmaterialisierung revolutionärer Praxis, die Eliminierung der Problemstellung von Gewaltanwendung und Klassenkampf zugunsten sprachlichen Handelns.“³⁸ Für Krahl behandelt Habermas Marx wie einen Anthropologen und enthistorisiert den Arbeitsbegriff.

DAS ERBE KRAHLS

Für Krahl war grundsätzlich das Verhältnis von *Kritik der politischen Ökonomie* und Revolutionstheorie noch ungeklärt. Marx gehe von einer apriorisierten „Dialektik von bürgerlicher und proletarischer Revolution“ aus.³⁹ Die Frage nach „Bedingungen subjektiver Art des Entstehens von Revolutionen, der Bildung von Klassenbewußtsein und der Konstitution von Organisationen anzugeben, [kommt] überhaupt nicht auf.“⁴⁰ Materialistische Erkenntniskritik war für Krahl ein entscheidendes Moment eines Begriffs von Klassenbewusstsein der wissenschaftlichen Intelligenz im Spätkapitalismus. Sein Projekt war ein „philosophiekritisch reflektierte[r] Marxismus“.⁴¹

Die Frage nach der Konstitution revolutionärer Subjektivität war daher das andauernde Zentrum seines Denkens. Sowohl Krahls Überlegungen im Jahr 1967 als auch diejenigen kurz vor seinem Tod drehten sich um ein und dasselbe Problem: der Rekonstruktion des Marxismus als revolutionärer Theorie. Eine Beantwortung der Frage blieb Krahl aufgrund seines frühzeitigen Unfalltodes verwehrt. Die anarchistischen bzw. existenzialistischen Elemente seines Denkens waren dabei nicht einfacher Ausdruck einer individuellen Fehlleistung, sondern können durchaus als eine Reflexion

der objektiven Verfasstheit der Studentenbewegung verstanden werden. Krahl wollte dieser kein abstraktes Organisationsmodell aufzwingen. Seine Hoffnung, dass die wissenschaftliche Intelligenz zum „kollektiven Theoretiker des Proletariats“ werde, wurde durch die Regression der Neuen Linken in Linksterrorismus, K-Gruppen und Alternativbewegung widerlegt. In seiner philosophischen Abstraktion der Organisationsproblematik verbirgt sich das zwar unzeitgemäße, doch unabgeholte Erbe Hans-Jürgen Krahls. Dass auch Krahl gescheitert ist, darf dabei aber nicht vergessen werden. **IP**

lismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des sechzehnten Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1969, S. 65.

-
- 1 Hans-Jürgen Krahl: Redebeitrag, in: *Der Kampf der Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus*, Hrsg. SDS-Westberlin und Internationales Nachrichten- und Forschungsinstitut: Internationaler Vietnam-Kongreß-Westberlin, Westberlin 1968, S. 142.
 - 2 Georg Lukács: „Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken“, in: *Georg Lukács, die Oktoberrevolution und Perestrojka*, Hrsg. Detlev Claussen, Frankfurt a. M. 1990, S. 44-50.
 - 3 Krahl: „Angaben zur Person“, in: ders.: *Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution*, Frankfurt a.M. 2008, S. 23-24.
 - 4 Rudi Dutschke / Krahl: „Organisationsreferat“, in: Hans-Jürgen Krahl: *Vom Ende der abstrakten Arbeit. Die Aufhebung der sinnlosen Arbeit ist in der Transzendentalität des Kapitals angelegt und in der Verweltlichung der Philosophie begründet*, Frankfurt a.M. 1984, S. 58-59.
 - 5 Vgl. Carl Schmitt: *Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen*, Westberlin 1963. Zur Verbindung zwischen Dutschke und Debray siehe: Rudi Dutschke / R. Käsemann / R. Schöller: Vorwort, in: Regis Debray / Fidel Castro / K.S. Karol / Gisela Mandel: *Der lange Marsch. Wege der Revolution in Lateinamerika*, München 1968, S. 7-24.
 - 6 Krahl: Redebeitrag, in: *Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover (Voltaire Flugschrift 12)*, Hrsg.: Bernward Vesper, Frankfurt a.M. 1967, S. 72.
 - 7 Ebd.
 - 8 Jürgen Habermas: Redebeitrag, in: ebd., S. 101.
 - 9 Dutschke/Krahl: „Organisationsreferat“, S. 58.
 - 10 Krahl: „Zur Geschichtsphilosophie des autoritären Staates“, in: ders.: *Konstitution und Klassenkampf*, S. 225.
 - 11 Theodor W. Adorno: „Resignation“ in: *Kulturkritik und Gesellschaft II*, Hrsg. Rolf Tiedemann, Frankfurt a.M. 2003, S. 797. Zu den Vorwürfen Krahls gegen Adorno siehe bspw. Krahls Nachruf auf Adorno aus dem August 1968, der einige Vorwürfe des Konflikts, die einzeln zu verschiedenen Zeitpunkten geäußert worden, zusammenfasst: Krahl: „Der politische Widerspruch der kritischen Theorie Adornos“, in: *Konstitution und Klassenkampf*, S. 291-294.
 - 12 Dutschke / Krahl: „Organisationsreferat“, S. 59.
 - 13 Krahl: „Angaben zur Person“, S. 25.
 - 14 Dutschke / Krahl: „Organisationsreferat“, S. 58-59.
 - 15 Vgl. Krahl: Diskussionsbeitrag, zit.n. Hans Paul Bahrdt: Protokoll der Diskussion, in: ders. (Hrsg.): *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des sechzehnten Deutschen Soziologentages*, Stuttgart 1969, S. 65.
 - 16 Grundsätzlich hierzu die Ausführungen zur sozioökonomischen Entwicklung bei Gerd Rudel: „Die Entwicklung der marxistischen Staatstheorie in der Bundesrepublik“, Frankfurt a.M. / New York 1981. Zudem in manchen Aspekten repräsentativ für die antiautoritär-marxistische Theoriebildung und Einschätzung der politisch-ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre: Hans Henning Herzog / Paul Oehlke: „Intellektuelle Opposition im autoritären Sozialstaat“, Neuwied 1970.
 - 17 Krahl: „Autoritäten und Revolution“, in: *Autorität – Organisation – Revolution*, S'Gravenhage 1972, S. 28.
 - 18 Krahl: „Diskussionsbeitrag zu ‚Autoritärer Staat und Faschismus‘“, in: *Universität und Widerstand. Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt*, Hrsg. Detlev Claussen / Regine Dermittel, Frankfurt a.M. 1968, S. 59.
 - 19 Vgl. Krahl: „Römerbergrede“, in: ders.: *Konstitution und Klassenkampf*, S. 158.
 - 20 Vgl. Krahl: „Angaben zur Person“, S. 25.
 - 21 Ebd., S. 29.
 - 22 Vgl. Krahl: „Zur Ideologiekritik des antiautoritären Bewusstseins“, in: ders.: *Konstitution und Klassenkampf*, S. 284-290.
 - 23 Vgl. bspw. Serge Mallet: „Die neue Arbeiterklasse“, Neuwied 1972.
 - 24 Krahl: „Angaben zur Person“, S. 23.
 - 25 Ebd., S. 340-341.
 - 26 Ebd.
 - 27 Ebd., S. 344.
 - 28 Vgl. ebd., S. 344-345.
 - 29 Ebd., S. 346.
 - 30 Ebd., S. 349-350.
 - 31 Ebd., S. 350.
 - 32 Vgl. ebd.
 - 33 Ebd.
 - 34 Krahl: „Zur Geschichtsphilosophie der autoritären Staates“, S. 218.
 - 35 Habermas: „Erkenntnis und Interesse“, Hamburg 2008, S. 57. (kursiv im Original)
 - 36 Vgl. Habermas: „Arbeit und Interaktion“, in: ders.: *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*, Frankfurt a.M., S. 33
 - 37 Krahl: „Produktion und Klassenkampf. Schweppenhäuser-Referat“, in: ders.: *Vom Ende des abstrakten Arbeit*, S. 187.
 - 38 Ebd., S. 190.
 - 39 Ebd., S. 184.
 - 40 Ebd.
 - 41 Krahl: „Zur Geschichtsphilosophie des autoritären Staates“, S. 211.

ZIELSETZUNG DER PLATYPUS REVIEW

Überblickt man das Universum der verschiedenen Positionen und Ziele, die linke Politik heute ausmachen, so wird man den beunruhigenden Verdacht nicht los, dass sich hinter der scheinbaren Vielfalt eine grundlegende Gemeinsamkeit verbirgt: Was heute existiert, wurde auf den Trümmern dessen errichtet, was einst möglich war.

Zum Verständnis unserer Gegenwart erachten wir es für notwendig, die unüberschaubare Anhäufung von Positionen zu entwirren, um ihre Bedeutung für eine mögliche Rekonstitution emanzipatorischer Politik in der Gegenwart zu erkennen. Dafür ist es nötig zu überdenken, was eigentlich mit dem Begriff der Linken gemeint ist.

Unsere Aufgabe beginnt dort, wo wir eine grundsätzliche Desillusionierung des gegenwärtigen Zustands progressiver Politik wahrnehmen. Wir denken, dass sich diese Ernüchterung nicht einfach durch puren Willen abschütteln lässt - durch ein einfaches „Weiter so!“. Sie muss stattdessen explizit angesprochen werden und selbst als ein Objekt der Kritik zugänglich gemacht werden. Daher beginnen wir mit dem, was uns unmittelbar entgegentritt.

Die Platypus Review wird von der Einsicht motiviert, dass die Linke orientierungslos ist. Wir möchten ein Forum für ein weites Spektrum an Strömungen und Ansätzen innerhalb der Linken bieten - nicht, weil wir Inklusion und Pluralität als Selbstzweck ansehen, sondern weil wir Uneinigkeit provozieren und gemeinsame Ziele als Orte der Auseinandersetzung eröffnen wollen. Auf diesem Weg könnten die aus den alten politischen Auseinandersetzungen resultierenden Anschuldigungen zum Zweck der Klärung des Objekts linker Kritik fruchtbar gemacht werden.

Die Platypus Review setzt sich zum Ziel, eine Plattform zu schaffen und zu erhalten, die eine Erforschung und Klärung von Positionen und Orientierungen, die heute innerhalb der Linken vertreten werden, möglich macht; einen Ort, an dem Fragen aufgeworfen und Diskussionen verfolgt werden können, die ansonsten nicht stattfinden würden. Solange die Beiträge eine ehrliche Bereitschaft für dieses Projekt zeigen, werden sie in unserer Diskussion berücksichtigt.

Gefördert von:



HochschülerInnenschaft
an der Universität Wien

PLATYPUS VOR ORT



Hamburg

platypus.hamburg@gmail.com
f/PlatypusHamburg

Berlin

berlin@platypus1917.org
f/groups/792065600852779/

Rheinland

platypus-rheinland@gmail.com
f/groups/256841158510564/

Leipzig

platypusleipzighalle@gmail.com
f/Platypus-Leipzig-243729829435153/

Jena

platypusjena@gmail.com
f/PlatypusJena

Frankfurt

platypus.frankfurt@gmail.com

Wien

https://groups.google.com/d/forum/platypus-wien
f/PlatypusWien/

Redaktion & Lektorat

Henry Mitko
Tobias Rochlitz
Betül Yildirim

Transkription

Anne Koppenburger
Tom Schmidt

Design

Max Hörügel
Jakob Stane

Weitere Infos zu den
Chaptern gibt es auf:

platypus1917.org/germany

platypus1917.org/austria

Richtlinien zur Einsen- dung von Beiträgen

Artikel in der Platypus Review haben normalerweise eine Länge von 5000-40.000 Zeichen (mit Leerzeichen), längere Beiträge können auch berücksichtigt werden. Für entsprechende Anfragen und Beiträge bitte eine Email an review_editor@platypus1917.org senden.